

Success story Griechenland ?

Von Ralf Kliche, 13.07.2017

Nach Zahlungsfreigabe der letzten Kredittranche über 8,5 Mrd. Euro durch die Finanzminister der Eurogruppe musste man den Eindruck gewinnen, dass nur noch der IWF in die Suppe der optimistischen Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung Griechenlands spuckte. Die anderen waren sich einig, dass man nun auf einem guten Weg zur wirtschaftlichen Erholung Griechenlands sei – selbstverständlich, ohne dass in diesem Jahr noch über Schuldenerleichterungen für das Land verhandelt werden sollte. Der Spiegel gibt die Einigkeit so wieder: „Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble zeigte sich zufrieden mit den Beschlüssen... Euro Euro-Gruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem sprach von einem "großen Schritt nach vorn". Der griechische Finanzminister Euklid Tsakalotos sagte: "Jetzt gibt es Licht am Ende des Tunnels."(1)

In der Tat werden die Vereinbarungen von Syriza auch innenpolitisch als Erfolg dargestellt, die vorgelegten Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes sollen eine – wenn auch erst beginnende - Verbesserung der Lage belegen, und der eigenen Regierungspolitik sind diesem Narrativ zufolge diese Verbesserungen zu verdanken. Dahinter steht die Einigkeit mit den Kreditgebern auch in der Frage der grundsätzlichen Entwicklungsstrategie: Internationale Investoren sollen „Vertrauen“ in die Profitabilität von Investitionen zurückgewinnen und massiv investieren. SYRIZA bemüht sich um die Akzeptanz der Märkte, die Rückkehr dorthin ist erklärtes Ziel. Durch die Teilnahme am neoliberalen Entwicklungsmodell soll es voran gehen, nicht durch „Organisierung des Umsturzes“, wie es früher einmal auf Wahlplakaten hieß.

Nikos Pappas, Sohn eines Widerstandskämpfers, seit Januar 2015 Minister und laut Wikipedia rechte Hand von Tsipras, machte die Ausrichtung der Regierungspolitik zuletzt in einer Rede vor der griechischen Wirtschaftskammer am 8.7.2017 deutlich. Titel: „Das wichtigste von allem ist die Entwicklung“. Und Entwicklung heißt hier: Wachstum innerhalb des griechischen Kapitalismus. Er kommentierte die Entscheidung der Euro-Gruppe wie folgt: „Durch die Entscheidung der Euro-Gruppe vollzog sich eine entscheidende Veränderung. Sie verschob die Prioritäten in der Wirtschaftspolitik. In den beiden ersten Memoranden wurde eine Finanzpolitik implementiert, um die Schulden zu bedienen, aber durch die Entscheidung der Euro-Gruppe wird die Schuld nur bedient werden, wenn wir Wachstum haben. Diese Klausel, zusammen mit der Möglichkeit, Rücklagen zu bilden, ist die Garantie für die Rückkehr des Landes zu den Märkten.“ (2)

Zugang zu den (Finanz-)märkten und Wachstum als prioritäre Ziele des Regierungshandelns sind im Kern nicht vereinbar mit den Parteizielen der Verbesserung der Lebensbedingungen der Unteren in der Bevölkerung, der Arbeitslosen und Rentner, der in die Arbeitsmigration Gezwungenen und aller anderen Ausgeschlossenen. Es sei denn, man übernehme das marktradikale Entwicklungsmodell, wonach die Gewinne der Oberen schon irgendwann nach unten durchtröpfeln – neudeutsch: trickle-down.

Einig sein kann sich Pappas hingegen mit dem Vorsitzenden des griechischen Unternehmerverbandes SEV, Theodoros Fessas, der am 16. Juni ebenfalls die Entscheidungen der Eurogruppe begrüßte: „Der Abschluss der zweiten Überprüfung ist eine besonders positive Entwicklung. Er beendet die Unsicherheit in der griechischen Ökonomie und erlaubt uns, mit relativer Zuversicht, die Zukunft zu planen...Griechische Unternehmen sind bereit für Investitionsinitiativen, die als Katalysator für ökonomisches Wachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen wirken werden. Wir alle wissen, was erforderlich ist und wir müssen dies ohne weitere Verzögerungen umsetzen.“ (3)

Der dritte im Bunde der Unterstützer der Entscheidung der Euro-Gruppe und zugleich maßgeblich in die Umsetzung der Wachstumspolitik eingebunden, ist der Chef griechischen Nationalbank, Giannis Stournaras. Der ehemalige griechische Berater bei der EU, 2012 bis 2014 Wirtschaftsminister in der Regierung Samaras, lobte am 11.07. erneut als Sprachrohr der Geldgeber die positiven ökonomischen Entwicklungen. „Die allmähliche Erholung des Finanzsystems wurde im Jahr 2016 und in den ersten Monaten 2017 fortgesetzt. Die Stabilisierung und Verbesserung der wirtschaftlichen Bedingungen trugen zur Festigung der Stabilität des Finanzsystems bei, die wiederum zur weiteren Stärkung der Tätigkeit in der Realwirtschaft beitragen.“ Er wiederholte sein Drängen, dass die beschlossenen „Reformen“ jetzt auch zügig umgesetzt werden müssten, um diese Tendenzen nicht zu gefährden. Seine Forderungen: Steuersenkungen und Beschränkung der öffentlichen Ausgaben. (Schon mal gehört? Neoliberalismus in der Endlosschleife!)

Nur auf eine wichtige Unterstützung müssen die griechischen Markt-Koalitionäre noch warten: In einem Brief an die EU-Parlamentarier hat die EZB klargestellt, dass sie Griechenland vorerst noch nicht in das Anleihe-Kaufprogramm der EZB (Quantitative Easing, QE) aufnehmen wird. Durch den Ankauf (auch) von Unternehmensanleihen im Rahmen dieses Programms werden die Banken der Eurozone derzeit mit Geld zugeworfen, derzeit ist von einem Volumen von über 2,2 Billionen Euro bis Ende 2017 die Rede. Tsakalotos hatte darauf gedrängt, in das Programm aufgenommen zu werden, in der Hoffnung, so den Zugang zu Kapitalmärkten zu erleichtern und mehr Investitionen aus dem Ausland anzulocken. Grund für die Absage ist die griechische Schuldensituation: „Die EZB-Mitarbeiter sind derzeit nicht in der Lage, eine umfassende Analyse zur Schuldenragfähigkeit der Staatsverschuldung Griechenlands abzuschließen.“ (5)

Nachdem die EU-Kommission am 12.07. die Einstellung des Defizitverfahrens gegen Griechenland wegen Verletzung des 3%-Kriteriums aus dem Maastrichter Vertrag beschlossen hat, scheint das Ziel der Rückkehr an die Märkte nun auch ohne QE-Teilnahme näher gerückt. Ob die damit verbundenen positiven Erwartungen auf griechischer und europäischer Ebene sich aber erfüllen und Griechenland wirklich wieder in der Spur „normaler kapitalistischer Entwicklung“ zurück findet, wird sich erst noch erweisen. Samaras, der Vorgänger von Tsipras, ist 2014 jedenfalls damit gescheitert. Zumindest EFSYN, die Zeitung der Redakteure, kommentiert: „An der ‚Ecke‘ warten bereits die ‚Geier der Märkte‘, die mit allen Mitteln versuchen werden, von der griechischen Ökonomie zu profitieren.“ (6)

Die wirklichen Lebensbedingungen

Die einschlägigen börsenorientierten Seiten im Netz greifen die „positiven“ Nachrichten auf. Unter dem Titel „Griechenland: Ist die Krise überwunden?“ machen sie Marketing für die Athener Börse: „Athener Aktienmarkt boomt“, „Charttechnisch hat der griechische Aktienmarkt seinen achtjährigen Abwärtstrend durchbrochen“. (6)

So einfach kann es sich Pappas natürlich nicht machen, er verweist darauf, dass „Entwicklung“ auch den Arbeitenden zugutekäme: „Seit Anfang 2015 bis heute hat die Volkswirtschaft fast 350.000 Arbeitsplätze gewonnen.“ Da trifft es sich gut, dass gerade einige Informationen über die Arbeits- und Einkommenssituation der griechischen Bevölkerung durch die Medien gehen.

Insbesondere im privaten Sektor sprechen diese Zahlen eine deutlich andere Sprache als die Wachstumsoptimisten aller Couleur. Zwar sind im Vergleich zum Vorjahr die Arbeitslosenzahlen etwas gesunken (von 23,76% 2016 auf 21,89% 2017). Die Aussagefähigkeit dieser Zahlen ist aber schon dadurch eingeschränkt, dass nicht erkennbar wird, wie viele Personen z.B. durch die grassierende Arbeitsmigration aus den Statistiken herausfallen. Auch die Löhne und Arbeitsverhältnisse, unter den die Beschäftigten arbeiten, sind daraus nicht erkennbar.

Untersuchungen weisen darauf hin, dass die Gruppe der „working poor“ inzwischen stark zugenommen hat, die sich vorrangig den „inzwischen auf dem griechischen Arbeitsmarkt vorherrschenden flexiblen Beschäftigungsformen“ speist. „Es ist bezeichnend, dass der durchschnittliche Lohn für mehr als 100.000 Teilzeitbeschäftigte sich derzeit auf 393,79 Euro gestaltet, während einer von zwei Arbeitnehmern einen Lohn von unter 800 Euro bezieht.“ (6)

Die Hauptrenten derjenigen, die mit durchschnittlichen Einkünften in Rente gehen, werden dem Interessenverband der Rentner zufolge 655 Euro nicht überschreiten.

Der Statistikbehörde ELSTAT zufolge liegt Griechenland hinsichtlich Armut und gesellschaftlicher Ausgrenzung inzwischen an drittletzter Stelle hinter Rumänien und Bulgarien – und der Abstand wird kleiner.

Auch immer mehr Beschäftigte werden trotz bestehender regulärer Verträge verspätet oder nicht bezahlt. Die Plattform Dikailogitika spricht von 800.000 Beschäftigten, für die das zutrifft. (7) Das Arbeitsministerium hat deswegen sogar ein Programm aufgelegt, mit dem 46.000 Beschäftigte unterstützt werden sollen, die in umsatzschwachen Branchen arbeiten und seit mindestens 6 Monaten kein Gehalt bekommen haben. Dafür sollen 100 Mio. Euro bereitgestellt werden. Das Programm soll auch für solche Personen greifen, die zwar (formal) einen festen Arbeitsvertrag über eine bestimmte Summe an Stunden haben, tatsächlich aber nur bei Bedarf gerufen werden und dann auch nur diese Stunden bezahlt werden, ein mittlerweile relativ weit verbreitetes Vorgehen im privaten Sektor.

Aufgrund ausgebliebener oder verzögerter Gehaltszahlungen ist es jetzt auch zu einem Urteil des höchsten Gerichts gekommen. Eine solche Praxis ist seit dem Krisenbeginn weit verbreitet und für viele kleine Betriebe überlebensrelevant. Im vorliegenden Fall hatten unbezahlte Beschäftigte geklagt, dass durch die Nicht-Bezahlung das Arbeitsverhältnis erloschen sei. Dann hätten sie nämlich das Recht auf unmittelbare Auszahlung des noch ausstehenden Lohns. Der Areopag hat nun entschieden, dass durch die Praxis der Nicht-Bezahlung das Arbeitsverhältnis nicht wesentlich verändert werde und der ausstehende Lohn deshalb nicht eingefordert werden könne. (8)

Betrachtet man die Neueinstellungen, derer sich Pappas rühmt, ist die Lage nicht viel besser. Im Juni kam es laut Statistik zu 273.375 Einstellungen in Griechenland – betrachtet man den Saldo mit den Abgängen, bleiben allerdings nur noch 40.599 Stellen. Innerhalb der Neueinstellungen waren gerade einmal 118.000 Stellen in Vollzeit, also deutlich unter 50%. 114.000 Beschäftigte wurden in Teilzeit eingestellt und ca. 40.000 als Kurzarbeiter. (9)

- (1) <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/griechenland-eurogruppe-gewaehrt-neue-kredite-ueber-acht-milliarden-euro-a-1152365.html>
- (2) <http://www.oe-e.gr/news/grafeio-tupou/deltia-tupou/prosklisi-debate-oikonomikou-epimelitiriou-ellados-gia-to-xreos/903>, <http://www.kathimerini.gr/917614/article/epikairothta/politikh/prwta-h-anapty3h-kai-meta-to-xreos-leei-o-n-pappas>
- (3) <http://thegreekobserver.com/economy/article/12240/sev-chairman-welcomes-eurogroup-decision-end-2nd-review-extremely-positive/>
- (4) <https://www.thepressproject.gr/article/113799/Kai-pali-se-grammi-daneiston-i-TtE>
- (5) <https://www.cash.ch/news/top-news/staatsanleihen-ezb-hat-weiter-bedenken-wegen-griechischer-staatsschulden-1080151>
<http://www.thetoc.gr/oikonomia/article/tsakalwtos-gia-sumfwnia-kai-qe-agnwstai-ai-boulai-tou-kuriou>
- (6) <http://www.efsyn.gr/arthro/o-dromos-gia-tis-agores>
- (7) vgl. z.B. <http://www.griechenland-blog.gr/2017/07/stetige-zunahme-armer-arbeitnehmer-in-griechenland/2140074/>
- (8) <http://www.dikaiologitika.gr/eidhseis/ergasiaka/164318/perissoteroi-apo-800-000-ergazomenoi-plironontai-kathysterimena-i-paramenoun-aplirotoi>
- (9) <http://www.keeptalkinggreece.com/2017/07/06/supreme-court-payment-employees/>
- (10) <https://www.thepressproject.gr/article/113609/Kato-apo-to-50-i-pliris-apasxolisi-ergasias>